

18. Juni 2007

www.kas.de

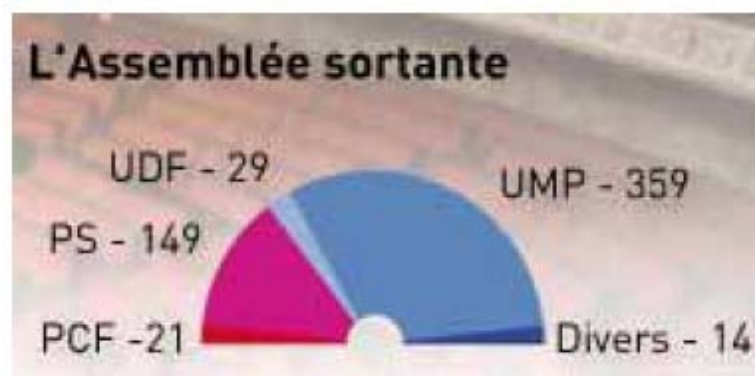
Parlamentswahlen in Frankreich – 2. Wahlgang: UMP bleibt stärkste Kraft aber Opposition gewinnt an Bedeutung

Aktueller politischer Kurzbericht

Die konservative französische Regierungspartei hat die gewünschte Zweidrittelmehrheit im zweiten Wahlgang der Parlamentswahlen verfehlt. Sie erhält jedoch die absolute Mehrheit, um das Reformprogramm von Nicolas Sarkozy und seines Regierungschefs François Fillon durchführen zu können, muss dabei allerdings auch mit einer starken Opposition rechnen.

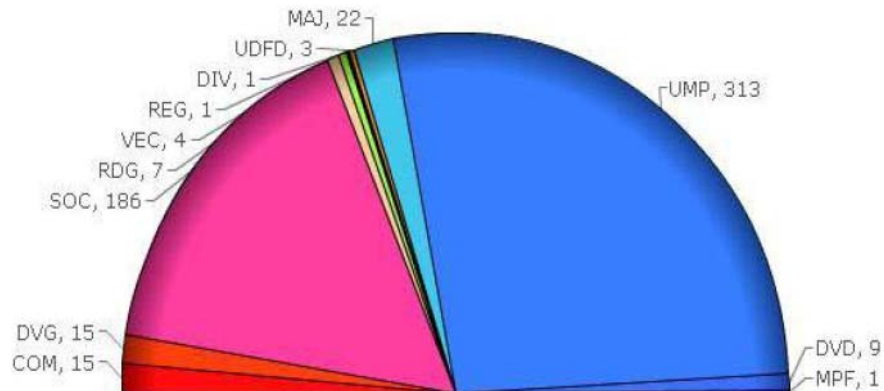
Das Ergebnis des ersten Wahlgangs der französischen Parlamentswahlen und auch die Meinungsumfragen im Vorfeld des zweiten Wahlgangs deuteten alle auf eine komfortable Zwei-Drittel-Mehrheit der UMP in der französischen Nationalversammlung, doch das Wunschergebnis von Nicolas Sarkozy, mit mehr als 400 Sitzen im neuen Parlament vertreten zu sein, blieb aus. Zwar bleibt die UMP mit 323 Sitzen die stärkste Partei in der Nationalversammlung, die Sozialisten indes konnten unerwartet mehr als 50 Sitze hinzugewinnen. Die aktuelle Sitzverteilung in der Assemblée Nationale ergibt im Vergleich zu 2002 folgende Zusammensetzung:

Sitzverteilung 2002:



Quelle: Ministère de l'Intérieur

Sitzverteilung 2007¹:



Quelle: Ministère de l'Intérieur

UMP Sie wird mit ihren Koalitionspartnern des konservativen Spektrums mit 323 Abgeordneten im Parlament vertreten sein – im Unterschied zu 373 im Jahr 2002. Zum zweiten Mal hintereinander gewinnt die UMP bei den Parlamentswahlen eine komfortable Mehrheit, muss aber auch beträchtliche Verluste hinnehmen.

Nouveau Centre Die von Verteidigungsminister Hervé Morin mit UDF-Abgeordneten gegründete neue Zentrumsparterie erhält 22 Sitze im Parlament und damit Fraktionsstatus. Die UMP wird in Zusammenarbeit mit dem Nouveau Centre die „majorité présidentielle“ verkörpern.

PS Die angekündigte starke Niederlage der Sozialisten und ihrer Koalitionspartner im linken Spektrum blieb aus. Sie gewinnen sogar wider Erwarten 59 Sitze dazu und kommen insgesamt auf 208 Mandate.

Kommunisten Entgegen aller Prognosen können sich die Kommunisten mit 15 Sitzen behaupten, erreichen aber keine Fraktionsstärke mehr.

Grüne Mit nunmehr 4 Abgeordneten in der Assemblée Nationale hoffen die Grünen auf eine Koalition mit der Kommunistischen Partei, was beiden politischen Strömungen gemeinsam nur unter Einbeziehung von linken Minderheitsgruppierungen zur Fraktionsstärke verhelfen könnte.

Modem Die von F. Bayrou neu gegründete politische Gruppierung Modem konnte nur 3 Sitze gewinnen. Sie bleibt abgeschlagen und ohne Koalitionspartner. Bayrou selbst konnte sein Abgeordnetenmandat behaupten.

FN Die rechtsextreme Partei Front National erreicht erneut keinen Sitz in der Nationalversammlung.

Der **Frauenanteil** der Abgeordneten in der Nationalversammlung beträgt nunmehr 18,5% (107 weibliche Abgeordnete). Diese Zahl liegt knapp über dem weltweiten Durchschnitt von 17,1%. Der älteste Abgeordnete ist M. Loïc Bouvard (UMP) mit 78 Jahren, der jüngste M. Olivier Dussopt (PS) mit 28 Jahren.

Die **Wahlbeteiligung** war ähnlich gering der Wahlbeteiligung vom ersten Wahlsonntag am 10. Juni und erreichte mit nur 60 % ein historisches Rekordtief. Diese niedrige Wahlbeteiligung war sicherlich auch einer der Gründe, warum die UMP schlechter als erwartet abgeschnitten hat. Viele konservative Wähler waren mit der Haltung „die Wahl sei bereits entschieden“ den Wahlurnen fern geblieben. Die Sozialisten indes haben es innerhalb der letzten Woche geschafft, ihre Wähler zu mobilisieren, um ein Korrektiv im französischen Parlament zu haben. Hinzu kam, dass die Regierung in den letzten Tagen erste finanzielle Maßnahmen zur Intensivierung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes proklamierte. Dabei könnte die Polemik in den Medien über die „**Soziale Mehrwertsteuer**“ und die angekündigte nur minimale Erhöhung des Mindestlohns zum 1. Juli sowie die mögliche Einführung einer unerstatteten Grundgebühr für medizinische Behandlungen die UMP einige Wählerstimmen gekostet haben. Die Öffentlichkeit reagierte mit ihrem Wahlverhalten auf eine befürchtete Senkung der Kaufkraft.

Das überraschend gute Ergebnis der Sozialistischen Partei bedeutet nicht, dass die Partei innerhalb einer Woche ihre Identitäts- und Führungskrise überwunden hat. Die Wähler haben sich mit ihrem Stimmverhalten stattdessen entschieden, die Sozialistische Partei zu stärken, um den politischen Einfluss der UMP im Parlament einzuschränken. Dennoch bietet dieses Ergebnis der PS die Chance einer „Neugründung“, wie Dominique Strauss-Kahn (PS) es nannte. Fillon sprach am Wahlabend der Opposition seinen Respekt aus: „Der Erfolg der einen bedeutet nicht die Niederlage der anderen. Jeder Bürger muss in seiner Überzeugung respektiert werden, (...) ihre enttäuschte Hoffnung verpflichtet uns.“² Ségolène Royal (PS) kündigte eine konstruktive Oppositionsarbeit an („une vraie force d'opposition constructive“).

Premier François Fillon hatte vor den Parlamentswahlen die Devise ausgegeben, dass jeder Minister, der bei den Parlamentswahlen antritt und sein Mandat verliert, vom Ministeramt zurücktreten muss. Er selbst, 9 Minister und ein Staatssekretär der neuen französischen Regierung hatten sich zur Wahl gestellt, wohl wissend, dass sie ihr Mandat an ihren Stellvertreter abgeben müssen.³ Mit diesem Prinzip wollte er die demokratische Legitimität der neuen Regierung unterstreichen. Fillon, 6 Minister und ein Staatssekretär wurden bereits im 1. Wahlgang gewählt, im 2. Wahlgang wurden nur drei der übrigen Minister bestätigt; Alain Juppé, eines der politischen Schwergewichte in der neuen französischen Regierung, der Superminister für Umwelt und nachhaltige Entwicklung, war der sozialistischen Gegenkandidatin in seinem Wahlkreis Bordeaux knapp unterlegen und ist heute früh – nach den selbst auferlegten Regeln von Premier François Fillon – bereits von seinem Ministeramt zurückgetreten. Die **Niederlage von Juppé** ist ein Rückschlag für die Regierung Fillon und ein Gesichtverlust für Sarkozy. Neben der Ankündigung, nach den Parlamentswahlen noch 10 Staatssekretärsposten zu besetzen, muss nun in diesen Tagen bereits eine erste

Kabinettsumbildung erfolgen.

Die Zusammensetzung der neuen französischen Nationalversammlung ist mehr denn je durch **Bipolarismus** gekennzeichnet. Ebenso wie sich die Präsidentschaftswahl letztlich zu einer klassischen Richtungswahl zwischen Rechts und Links entwickelte, bestätigt der Verlauf der Parlamentswahlen diesen Trend in Frankreich.

Die französischen Wähler sind mehr denn je „**strategische Wähler**“. Sie haben sich drei Mal hintereinander (1. und 2. Wahlgang der Präsidentschaftswahl und 1. Wahlgang der Parlamentswahlen) unumwunden für Nicolas Sarkozy und sein Reformprogramm entschieden. Beim vierten Abstimmungsprozess haben sie dies mit einer gewissen Einschränkung getan. Die Reformbereitschaft ist da, aber Reformen müssen gut vorbereitet sein. In der vergangenen Woche kündigte der Minister für Wirtschaft, Finanzen und Beschäftigung, Jean-Louis Borloo, eine „soziale Erhöhung der Mehrwertsteuer“ an, um die

Sozialversicherungsbeiträge für Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu senken. Nach mehreren Tagen der Polemik zog Staatspräsident Sarkozy per Communiqué diese Ankündigung zurück und korrigierte damit öffentlich den Kurs der Regierung. Die Ankündigung Borloos war schlecht terminiert, voreilig und unzureichend vorbereitet und wurde sogleich von den Wählern bestraft. Der Erfolg des Reformprogramms wird nicht von der Geschwindigkeit, sondern von der Art und Weise der Umsetzung der Reformen - im Sinne der adäquaten Vorbereitung, der Einbeziehung der Gewerkschaften und der Transparenz gegenüber der Bevölkerung - abhängig sein. Nicolas Sarkozy hat für eine Strategie der politischen Öffnung geworben, nun waren es die Wähler selbst, die diese Öffnung im Parlament herbeigeführt haben. Damit kommt dem Parlament in Frankreich wieder seine traditionelle demokratische Funktion zu, nämlich ein **Forum der echten politischen Debatte** zu sein und nicht nur eine Kammer, die lediglich Gesetze bestätigt.

¹ Communiste : 15, Divers gauche : 15, Socialiste : 186, Radical de gauche : 7, Les Verts : 4, Régionaliste : 1, Ecologiste : 0, Divers : 1, UDF- Mouvement Démocrate : 3, Majorité présidentielle : 22, Union pour un Mouvement Populaire : 313, Divers droite : 9, Mouvement pour la France : 1, Front national : 0. (Quelle : Ministère de l'Intérieur)

² „Le succès des uns ne fait pas la défaite des autres. Chaque citoyen doit être respecté dans ses convictions, (...) leur espoir déçu nous oblige.“, François Fillon, Rede vom 17. Juni 2007.

³ Gleichzeitig mit der Kandidatin bzw. dem Kandidaten muss sich ein "möglicher Vertreter" zur Wahl stellen, um in bestimmten Fällen nachzurücken. Nach Artikel 23 der frz. Verfassung sind Regierungsamt und parlamentarisches Mandat unvereinbar, weshalb ein Nachrücksystem erforderlich ist.